

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 4. Sitzung

Dienstag, 26. Juni 2018, 19:30 Uhr, Kunsthaus Interlaken

Vorsitz: Betschart Christoph, FDP

Stimmzählende: Gebbs Roger, SVP
Liechti Anja, SP

Weiter anwesend	FDP Beutler Georges Boss Pia Rico Edith Michel Paul Chevrolet André Schmidhauser Corinne Künzli Beat	SVP Nyffeler Adrian Nyffeler Manuela Roth Andreas Bozic Marko von Allmen Marcel Handschin Daniel	SP Simmler Dorothea Rougy Dimitri Tschanz Heinz Romang Hans Eymann Claudia Grüne Hänggi Sandra Kupfer Fritz von Hintzenstern Susanne	EVP Schütz Lorenz Amacher Sabrina Dummermuth Andreas EDU Balmer Ueli	Gemeinderat Graf Urs Burkhard Hans- Rudolf Ritschard Philippe Stör Sabina Michel Peter Boss Kaspar Christ Franz (ab Traktandum 24) Jugendparlament Fuchs Nils
Abwesend		Meyes Schürch Antonie	SP Simmler Florian		
Protokoll					Goetschi Philipp

Traktanden

23. Protokoll
24. Jahresrechnung 2017
25. Wahl des Rechnungsprüfungsorgans 2019 bis 2022
26. Erneuerung und Umgestaltung der Marktgasse, neue Regenwasserleitung, Rahmennachkredit zu Rahmenkredit
27. Gebührenreglement, Änderung
28. Postulat Rougy, Städtekoalition gegen Rassismus, Beantwortung
29. Orientierungen/Verschiedenes

23 B3.D Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

Protokoll

Beschluss:

Das Protokoll der 3. Sitzung vom Dienstag, 15. Mai 2018, wird stillschweigend genehmigt.

24 F3.07.17 Jahresrechnung 2017

Jahresrechnung 2017

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen zur Jahresrechnung 2017.

Gemeinderat Philippe Ritschard macht zusätzliche Ausführungen zur zweiten nach dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell HRM2 abgeschlossenen Jahresrechnung 2017. Zur Darstellung im Format A4 quer bemerkt er, einzelne Tabellen im Vorbericht seien nur im Querformat leserlich, weshalb das Format auch in Zukunft beibehalten werde.

Dorothea Simmler dankt für die SP für die umfassenden Unterlagen, auch wenn diese immer schwieriger zu verstehen seien. Die Nachkredittabelle erwecke den Eindruck, das Budget werde nur erstellt, um überschritten zu werden.

Andreas Dummermuth schliesst sich dem Dank für die EVP/EDU an. Die Abnahme der Steuererträge zeige, dass Investitionen weiterhin mit Augenmass zu beschliessen seien. Das positive Rechnungsergebnis sei im Wesentlichen auf eine früher als erwartet eingegangene Mehrwertabgabe zurückzuführen.

Manuela Nyffeler dankt für die SVP ebenfalls. Im Zusammenhang mit der Budgetierung sei von der SVP gewünscht worden, für den Unterhalt der Kinderspielplätze mehr Geld einzusetzen. Nun stelle sie fest, dass der Budgetbetrag nur zur Hälfte ausgeschöpft und sogar für den Unterhalt der HundewCs mehr Geld ausgegeben worden sei.

Corinne Schmidhauser hält fest, dass auch die FDP über das kleine positive Rechnungsergebnis erfreut sei. Es sei allerdings nicht nachhaltig, wenn das Zustandekommen berücksichtigt werde. Die geplanten Investitionen seien deshalb zu hoch. Auch die FDP erachte die bewilligten Nachkredite als sehr hoch. Positiv sei, dass die Steuereinnahmen der natürlichen Personen über dem Budget lägen. Trotz der Nachkredittabelle könne eine gute Budgetdisziplin attestiert werden.

Gemeinderat Philippe Ritschard bemerkt, dass die Nachkredittabelle nicht überbewertet werden dürfe, da sie einige grössere Posten enthalte, auf welche die Gemeinde kaum Einfluss habe.

Beschluss:

Die Jahresrechnung 2017 wird gemäss Antrag des Gemeinderats wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung	Aufwand Gesamthaushalt	CHF	36'392'681.05
	Ertrag Gesamthaushalt	CHF	36'593'111.93
	Ertragsüberschuss	CHF	200'430.88
davon			
	Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF	30'507'501.94
	Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF	30'507'501.94
	Ertragsüberschuss	CHF	0.00
	Aufwand SF Abwasserentsorgung	CHF	4'116'778.78
	Ertrag SF Abwasserentsorgung	CHF	4'274'282.17
	Ertragsüberschuss	CHF	157'503.39
	Aufwand SF Abfall	CHF	1'048'870.08
	Ertrag SF Abfall	CHF	1'144'655.92
	Ertragsüberschuss	CHF	95'785.84
	Aufwand SF Liegenschaften des Finanzvermögens	CHF	719'530.25
	Ertrag SF Liegenschaften des Finanzvermögens	CHF	666'671.90
	Aufwandüberschuss	CHF	52'858.35
Investitionsrechnung	Ausgaben	CHF	6'784'633.68
	Einnahmen	CHF	256'311.20
	Nettoinvestitionen	CHF	6'528'322.48

Nachkredite gemäss Ziffer 1.1.6 CHF 3'319'197.02

(einstimmig)

25 F3.06.4 Finanzaufsicht, Kontrollwesen, Kassensturz, Revisionen

Wahl des Rechnungsprüfungsorgans 2019 bis 2022

GPK-Präsident Andreas Roth führt aus, die Geschäftsprüfungskommission erachte einen Wechsel des Rechnungsprüfungsorgans im jetzigen Zeitpunkt als wenig sinnvoll. Mit dem Budget 2016 und der Jahresrechnung 2016 sei die Umstellung auf das harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) erfolgt. Die Jahresrechnung 2018 werde damit erst die dritte HRM2-Rechnung sein, die durch das heutige Rechnungsprüfungsorgan im letzten Jahr seiner laufenden Amtsdauer geprüft werde. Nach wie vor gebe es konkrete Einzelfragen zur Anwendung des HRM2, bei denen eine Beratung durch ein Organ oder eine Rücksprache mit einem Organ, das die Interlakner Verhältnisse kenne, sehr wertvoll sei. Diese kontinuierliche Unterstützung sollte für weitere vier Jahre gesichert werden. Die BDO AG habe auf Anfrage bestätigt, dass ihre Offerte, die zur Wahl als Rechnungsprüfungsorgan 2015 bis 2018 geführt habe, auch für die Prüfung der Jahresrechnungen 2019 bis 2022 Gültigkeit habe. Die Geschäftsprüfungskommission beantrage deshalb die BDO AG ohne Ausschreibungsverfahren mit der Prüfung der Gemeinderechnungen 2019 bis 2022 zu beauftragen, was gemäss Geschäftsreglement des Grossen Gemeinderats einmal in Folge möglich sei.

Eintreten wird nicht bestritten.

Lorenz Schütz erachtet es für die EVP/EDU als sinnvoll, die BDO AG im heutigen Zeitpunkt noch einmal für vier Jahre zu wählen.

Beschluss:

Als Rechnungsprüfungsorgan für die Prüfung der Jahresrechnungen 2019 bis 2022 wird gestützt auf Artikel 22b Absatz 2 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats vom 19. Oktober 1999 die BDO AG bestätigt.

(einstimmig)

26 S4.4.32 Marktgasse/Marktplatz
K1.1.3 Einzelne öffentliche Bauten und Leitungen (Kanalisation Ortsnetz)
K1.1.9 Private und genossenschaftliche Leitungen und Anlagen (Kanalisation)

Erneuerung und Umgestaltung der Marktgasse, neue Regenwasserleitung, Rahmennachkredit zu Rahmenkredit

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

Gemeinderat Kaspar Boss erinnert daran, dass die Stimmberechtigten in der Referendumsabstimmung vom 27. November 2016 einem Rahmenkredit von 1,2 Mio. Franken für die Erneuerung und Umgestaltung der Marktgasse inklusive Kanalisationssanierung zugestimmt hätten. Die Baubewilligung für das Ausführungsprojekt liege vor. Im baubewilligten Projekt sei eine neue Regenabwasserleitung vom Ende des bestehenden Mikrotunnels bis zum Brunnen vor der Liegenschaft Nr. 45 vorgesehen. Dazu sollte die alte, sich grösstenteils nicht mehr in Betrieb befindende Mischwasserleitung wieder instand gestellt und genutzt werden. Eine umfassende Austrennung von Regenabwasser sei damals noch nicht vorgesehen gewesen. Insbesondere auch im Zusammenhang mit der geplanten Überbauung Bleikimatte sollten nun aber in der Marktgasse zusätzliche Möglichkeiten zur Ableitung von Regenwasser geschaffen werden. Dazu soll eine durchgehende Regenwasserleitung bis zum

"Dennergebäude" bzw. zum Hotel Bellevue in der Marktgasse mit Anschlüssen in die Neugasse und in die Blumenstrasse erstellt werden. Es werde mit Kosten von 520'000 Franken gerechnet, 203'000 Franken für die Strasse und 317'000 Franken für die Kanalisation. Bisher seien gesamthaft 2,548 Mio. Franken bewilligt worden. Der Rahmennachkredit von 520'000 Franken übersteige damit zehn Prozent der Ausgabe und liege über der Gemeinderatskompetenz.

Eintreten ist nicht bestritten.

Dorothea Simmler erachtet es als gute Sache, Sauberwasser und Schmutzwasser zu trennen, und unterstützt den Nachkredit für die SP.

Paul Michel bemängelt für die FDP, dass bereits der zweite Nachkredit in diesem Jahr beantragt werden müsse. Der Unterschied zum ersten Nachkredit sei immerhin, dass der heutige Nachkredit beantragt werde, bevor das Geld ausgegeben sei. Es stelle sich aber die Frage, wie solche Geschäfte von der Bauabteilung vorbereitet würden, dass schon wieder ein Nachkredit nötig sei. Beim Primarschulhaus West sei die Schliessanlage vergessen worden, hier die möglichen Auswirkungen der Überbauung Bleikimatte. Dass bei der Bleikimatte etwas gehen würde, sei schon lange bekannt gewesen und hätte von Beginn weg mitberücksichtigt werden können. Wie stehe es mit der Weitsichtigkeit bei grösseren Projekten und wer trage die Verantwortung für solche Fehler? Es müsste mit grösserer Weitsicht geplant werden und die FDP überlege sich einen parlamentarischen Vorstoss in diese Richtung. Der vorliegende Nachkredit solle nicht abgeschossen werden, aber die Fraktion werde sich der Stimme enthalten.

Manuela Nyffeler hält fest, dass die SVP die gleichen Fragen wie die FDP diskutiert habe. Wäre die Bleikimatte schon früher mitberücksichtigt worden, wäre das als Bau auf Vorrat kritisiert worden. Die SVP könne den Ablauf hier nachvollziehen und unterstütze den Nachkredit.

Ueli Balmer bemerkt, auch die EVP/EDU sei nicht glücklich über den Nachkredit. Dieser sei aber gut begründet, weshalb ihm zugestimmt werden könne.

Gemeinderat Kaspar Boss will sich nicht mehr zur Schliessanlage im Primarschulhaus West äussern. Er sei gespannt auf den parlamentarischen Vorstoss, der aufzeige, wie in Zukunft neue Projekte fünf Jahre im Voraus mitberücksichtigt werden könnten.

Beschluss:

Für den Bau einer Regenwasserleitung im Rahmen der Erneuerung und Neugestaltung der Marktgasse und der Erneuerung der Kanalisation Marktgasse wird ein Rahmennachkredit von CHF 520'000.00 bewilligt.

(20:0 Stimmen)

27 F3.C Vorschriften, Gesetze, Verordnungen (Finanzen)

Gebührenreglement, Änderung

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Einwände gegen die Reglementsänderung.

Gemeinderat Philippe Ritschard erläutert kurz die vorgesehenen Änderungen in den Artikeln 20, 25, 29, 49, 50 und 56 des Gebührenreglements.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Künzli erkundigt sich, wie sich die Änderung auf Bundesebene, wonach für die Führung von Taxis kein besonderer Führerausweis mehr benötigt werde, zu den Bestimmungen von Artikel 25 Ab-

satz 6 des Gebührenreglements verhalte.

Gemeinderat Philippe Ritschard antwortet, es gehe um zwei verschiedene Sachverhalte. Die Bundesvorschriften zu den Führerausweisen würden regeln, wer ein Taxi lenken dürfe. Die Gemeinden würden mit den Taxiführerbewilligungen hingegen regeln, wer mit einem Taxi in Interlaken dem Taxigewerbe nachgehen dürfe.

Rückkommen wird nicht verlangt.

Beschluss:

1. Die Änderung der Artikel 20, 25, 29, 49, 50 und 56 des Gebührenreglements vom 1. Juli 2008 wird genehmigt.
2. Die Änderung tritt auf den 1. September 2018 in Kraft.

(einstimmig)

28 F5.04.06 Integration (Sozialpolitik)

Postulat Rougy, Städtekoalition gegen Rassismus, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Ausführungen.

Vizegemeindepräsident Hans-Rudolf Burkhard bestätigt, dass das Thema Rassismus seine Bedeutung habe. Eine erste Grobbeurteilung hat aber ergeben, dass in Interlaken keine rassistischen Übergriffe aus den letzten Jahren bekannt seien. Bei der Kantonspolizei in Interlaken seien keine Anzeigen wegen Rassismus eingegangen. Der Ausländeranteil liege in Interlaken bei über 30 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung. Zurzeit wohnten Menschen aus fast 80 verschiedenen Nationen in Interlaken. Weder in den Kindertagesstätten, noch im Kindergarten oder in der Volksschule bestünden Rassismusprobleme. Die Schule habe jedoch eine Ansprechperson bezeichnet und auch die Schulsozialarbeit könnte kontaktiert werden. Durch die Bevölkerungsstruktur und den Tourismus sei Interlaken sehr international. Interlaken sei aber keine Grossstadt. Alle Schweizer Mitglieder der internationalen Koalition der Städte gegen Rassismus seien grössere Städte. Aus dem Kanton Bern sei einzig die Stadt Bern Mitglied. Der Gemeinderat gehe davon aus, dass eine eingehendere Prüfung, wie im Postulat verlangt, zu keinen anderen Schlussfolgerungen führen würde. Er beantrage deshalb das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Dimitri Rougy begrüsst, dass der Gemeinderat so viele Stellen angefragt habe, auch wenn er nicht verstehe, dass nachgefragt werden musste, was Rassismus sei. Es gehe ja nur um die Prüfung eines Beitritts zu einer Organisation und darum, ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Dies würde der Tourismusgemeinde Interlaken gut anstehen. Erst vor drei Wochen habe er den letzten Fall von Rassismus in Interlaken selber erlebt. Er widerspreche dem Gemeinderat, wenn dieser behaupte, auf dem Bödeli gebe es keinen Rassismus. Es sei wichtig, dass weiter geprüft werde, wie sich Interlaken gegen Rassismus engagieren könne. Er kenne einen Songtext, in dem alle Dunkelhäutigen auf dem Bödeli bedroht würden. Die Gemeinde sollte präventiv, nicht reaktiv über Rassismus diskutieren.

Lorenz Schütz sieht, dass wir in einer Welt leben würden, die im Wandel sei. Er selber habe keine konkreten Rassismusevorfälle erlebt. Es gehe aber auch darum, präventiv zu handeln und bereit zu sein, wenn sich etwas in eine andere Richtung entwickle. Ob das Postulat das richtige Mittel sei, wisse er nicht, aber er möchte, dass die Diskussion geführt werde, weshalb er dem Postulat trotzdem zustimme.

Manuela Nyffeler teilt mit, die SVP unterstütze den Antrag des Gemeinderats. Es werde genügend gemacht. Der Postulant sei mit seinem Anliegen nicht glaubwürdig, wenn er in einem Interview sage,

er bekämpfe die SVP.

Hans Romang ist über die Antwort des Gemeinderats zum Postulat erschrocken. Er habe in den letzten Jahren Erlebnisse gehabt, die in Richtung Rassismus gingen. Es gehe mit dem Postulat darum, eine Auslegeordnung zu machen, weshalb das Postulat erheblich erklärt werden sollte.

Georges Beutler unterstützt für die FDP die Nichterheblicherklärung, auch wenn er in der einheimischen Bevölkerung rassistische Bemerkungen höre. Die heutigen Touristen würden anders aussehen als vor 100 Jahren, was verschiedene Personen störe. Wo beginne Rassismus? Es brauche eine Diskussion im Tourismus und in der Bevölkerung, aber nicht in der Form dieses Postulats. Toleranz gegenüber Personen aus andern Gegenden sei nötig. Die Tourismusorganisation engagiere sich seit Jahren, um das Verständnis gegenüber Touristinnen und Touristen aus andern Kulturen zu verbessern.

Für *Dorothea Simmler* habe ein Votum gegen die SVP nicht mit Rassismus zu tun. Rassismus sei etwas Anderes. Es brauche die Diskussion in der Bevölkerung, wie man mit Touristen umgehen soll, mit dem Ziel, dass alle Touristen erwünscht seien.

Claudia Eymann ist überrascht, dass Interlaken, das vom Tourismus lebe, hier nicht ein Zeichen setze. Es wäre eine Chance, die erste Gemeinde zu sein, die in der Schweiz ein öffentliches Zeichen setze, dass sie gegen Rassismus sei.

Lorenz Schütz erinnert an die Vorbildfunktion der Gemeinde, die der Gemeinderat mit dem Energiestadt-Label umsetze, oder in der letzten Sitzung bezüglich Einhaltung von Bauvorschriften hervorgehoben habe. Hier gäbe es nun eine weitere Gelegenheit die Vorbildfunktion zu leben.

Beschluss:

Das Postulat Rougy, Städtekoalition gegen Rassismus, wird mit 15:13 Stimmen nicht erheblich erklärt.

29 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

Orientierungen/Verschiedenes

Kenntnisnahme einer Abrechnung

L3.08.0788/G-Nr. 3398

Kauf Liegenschaft Interlaken-Grundbuchblatt Nr. 788, Marktgasse 47 (Gemeinderatssitzung vom 9. Mai 2018)

Vom Grossen Gemeinderat am 29. November 2016 bewilligt	CHF	510'000.00
Ausgegeben und abgerechnet (Konto 0290.5040.03)	CHF	502'616.40
Kreditunterschreitung	CHF	7'383.60

Neue parlamentarische Vorstösse

Anfrage Romang, Bödelibad

Hans Romang beurteilt die Situation im Bödelibad als nicht gut. Die Frequenzen seien rückläufig. In einem Zeitungsartikel sei das mit dem Kundenverhalten begründet worden, trotz gutem Kosten-Nutzen-Angebot und Freundlichkeit. Dies widerspreche den Tatsachen. Er habe diverse Rückmeldungen zur fehlenden Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft des Personals des Bödelibads. Viele Schulklassen und Vereine, aber auch Private, seien deshalb auf der Suche nach Alternativen zum Bödelibad. Er möchte wissen, wann der Gemeinderat was gegen die unhaltbare Situation im Bödelibad unternehmen wolle.

Vizegemeindepräsident Hans-Rudolf Burkhard antwortet, die Situation sei ihm als Verwaltungsratsmitglied der Freiluft- und Hallenbad Bödeli AG und dem Gemeinderat bekannt. Der Gemeinderat habe eine Verwaltungsratsdelegation und den Geschäftsführer in die nächste Gemeinderatssitzung eingeladen, um solche Fragestellungen zu diskutieren. Es sei auch das Ziel des Gemeinderats, die unbefriedigende Situation zu verbessern.

Wortmeldung aus dem Rat

Marcel von Allmen bemerkt zur Zunahme der Busseneinnahmen, Bussen sollten zur Belehrung der Fehlbaren dienen, nicht als Einnahmequelle. Dieses Ziel werde verfehlt. Die vielen Radarkästen auf dem Gemeindegebiet würden gegen aussen eher befremdlich wirken.

Schluss der Sitzung: 21:05 Uhr

Der Präsident

Der Protokollführer

Die Stimmzählenden